

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.02 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 4. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit dem Stand von heute, 13.00 Uhr, entnehmen können.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten weiteren Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Zwischenbericht zum Finanzierungskonzept des Teilersatzneubaus am Klinikum Bremen-Mitte
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 31. August 2011
(Drucksache 18/26 S)
2. Fahrradweg für die Brokhuchtinger Landstraße
Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. September 2011
(Drucksache 18/33 S)
3. Ortsgesetz zur Aufhebung des Ortsgesetzes über die förmliche Festlegung eines Sanierungsgebietes „Innenstadt/Teerhof/Vordere Neustadt“ (Hollerallee, Gustav-Deetjen-Allee, Rembertiring, Fedelhöfen, Am Wall, Altenwall, Tiefer, Wilhelm-Kaisen-Brücke, Friedrich-Ebert-Straße, Neustadtwall, Hohentorstraße, Grünenstraße, Häschenstraße, Am Deich, Bürgermeister-Smidt-Brücke, Schlachte, Hinter der Mauer, Abfahrt Stephani-Brücke, Eisenbahnstrecke Bremen-Oldenburg, Breitenweg, Beim Handelsmuseum, Bahnhofplatz, Gustav-Deetjen-Allee, Theodor-Heuss-Allee, Findorffstraße, Eisenbahnstrecke Bremen-Hamburg, Herbststraße, Admiralstraße und Findorffstraße)
Mitteilung des Senats vom 27. September 2011
(Drucksache 18/35 S)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der November-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Umsetzung des Bremer Wohnungsnotstandsvertrags
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 1. September 2011
2. Fußgängerzone Langenstraße
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. September 2011
3. Übernahme aller Pflegekräfte nach der Ausbildung bei der Gesundheit Nord
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 19. September 2011
4. Ansiedlung eines Cash & Carry-Marktes in der Überseestadt?
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. September 2011

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht?

Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 13 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die Anfrage 12 wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Bauliche Situation am Kinder- und Familienzentrum Hohentor**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Schlenker, Frau Dr. Mohammadzadeh, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Dr. Schlenker!

Abg. Dr. Schlenker (Bündnis 90/Die Grünen):
Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die aktuelle bauliche Situation des Kinder- und Familienzentrums Hohentor?

Zweitens: Verfolgt der Senat Planungen, für das Kinder- und Familienzentrum Hohentor einen anderen geeigneten Standort zu finden?

Drittens: An welchem Standort und mit welcher konzeptionellen Ausrichtung wäre ein neues Kinder- und Familienzentrum Hohentor aus Sicht des Senats denkbar?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und

Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen sind die baulichen Unzulänglichkeiten bekannt. Aktuell geht von den vorhandenen Mängeln keine Gefährdung für die Kinder aus. Die Mängel sollen dennoch in Kürze abgestellt werden, damit die Betriebsabläufe sicherer und effizienter gestaltet werden können.

Zu Frage 2: Der Senat verfolgt aktuell keine Planungen, einen anderen Standort für das Kinder- und Familienzentrum Hohentor zu finden. Angesichts der baulichen Mängel und der begrenzten Möglichkeiten, das Raumangebot und die Betriebsabläufe zu optimieren, plant der Senat einen Ersatzbau am bisherigen Standort.

Zu Frage 3: Das Kinder- und Familienzentrum Hohentor ist eine Index- und Schwerpunkteinrichtung. Viele der 100 Kinder haben aufgrund ihrer individuellen Entwicklung einen besonderen Bedarf an Förderung. Die Konzeption des Neubaus soll das berücksichtigen. Bisherige Recherchen im Ortsteil Hohentor und den angrenzenden Ortsteilen haben ergeben, dass ein Neubau am alten Standort die sinnvollste Lösung ist. Das ist die Stelle, an der heute der Spielplatz mit dem Geräteschuppen angesiedelt ist. Die Räume des neuen Kinder- und Familienzentrums Hohentor, auch die unterschiedlichen Differenzierungsräume, sollten künftig auch für andere Nutzer offenstehen. Der Senat denkt dabei zum Beispiel an Beratungsangebote für Eltern und Kinder aus dem Sozialzentrum Neustadt oder aus dem Haus der Familie. Die Planungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Schlenker** (Bündnis 90/Die Grünen): Gibt es schon ein zeitliches Fenster, wann mit den Baumaßnahmen begonnen wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Einerseits hängt das natürlich von den nahenden Haushaltsberatungen ab. Wir haben aber das Thema auf unserer internen Prioritätenliste, die wir auch noch einmal in der Deputation diskutieren werden, sehr weit nach oben gezogen. Wir wollen das Thema aber schnell angehen, denn die Realisierung eines Neubaus, auch wenn er am gleichen Standort ist, wird eine Zeit dauern. Die Expertinnen und Experten gehen von min-

destens zwei Jahren aus, bis der Neubau komplett steht und eingeweiht werden kann.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Schmidtke! - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Frau Senatorin, Sie sprachen soeben davon, dass Sie im Auge haben, dass in dem Familienzentrum gehäuft Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, das heißt mit entsprechendem Förderbedarf, sein werden. Wie bereiten Sie die Räume auf den Bedarf dieser Kinder besonders vor?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Das werden wir bei einer Ausschreibung berücksichtigen. Es wird eine zwingende Voraussetzung sein, dass die Einrichtung barrierefrei ist, das entspricht dann ohnehin den neuesten baurechtlichen Anforderungen. Wir werden dabei auch, so weit es geht und es die finanziellen Möglichkeiten es zulassen, die Wünsche des pädagogischen Personals mit einbeziehen. Es gibt ja Erfahrungswerte von anderen Einrichtungen, die wir neu errichtet haben, und wir haben ja bereits jetzt schon Kinder da, die andere Zugänge brauchen und für die wir auch andere Möglichkeiten der Betreuung und Differenzierung brauchen. Das werden wir dort mit einbeziehen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Frau Senatorin, das hört sich alles sehr sinnvoll und im Grunde genommen auch logisch an, wenn wir an die UN-Konvention denken, die ja die kleinen Kinder im Kindergarten nicht ausschließt, sondern sehr bewusst auch mit einschließt. Wird dann diese Ausrichtung, die mir übrigens sehr gut gefällt, auch Maßstab für die Herrichtung anderer städtischer Kindergärten sein?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Ja, das ist natürlich die Maßgabe. Wenn wir neu bauen, werden wir auch barrierefrei bauen, und wir achten darauf, dass wir natürlich eine Einrichtung im Stadtteil schaffen, die allen Kindern zugänglich ist. Bisher haben wir eine Schwerpunktsetzung, dass wir spezialisierte Einrichtungen mit dem entsprechenden Fachpersonal haben. Um das flächendeckend anbieten zu können, haben wir im Augenblick nicht das Personal. Ich denke aber, dass wir in jedem Stadtteil ein sehr gutes Angebot bieten können.

Präsident Weber: Frau Senatorin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Verkürzte Schulzeit für behinderte Schülerinnen und Schüler an einzelnen Ganztags-schulstandorten**“: Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Kappert-Gonthier, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Kappert-Gonthier!

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonthier** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Gibt es in Bremen Schulen, an denen Schülerinnen und Schüler aufgrund ihrer Behinderung an inklusiven Ganztags-schulen grundsätzlich oder an einzelnen Tagen früher den gemeinsamen Unterricht beenden müssen als ihre nicht behinderten Klassenkameradinnen und Klassenkameraden?

Zweitens: An welchen Schulstandorten ist das der Fall, und welche Gründe liegen hierfür vor?

Drittens: Welche Planungen verfolgt der Senat, um sicherzustellen, dass diese Schülerinnen und Schüler zukünftig gemeinsam mit ihren nicht behinderten Klassenkameradinnen und Klassenkameraden bis zum Ende der regulären Schulzeit unterrichtet werden können?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1 und 2: An zwei Bremer Schulen, der Oberschule an der Julius-Brecht-Allee und der Oberschule Findorff, kam es bei der Umstrukturierung der Beschulung der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung von der kooperativen Beschulung zur inklusiven Unter-richtung zum Schuljahresbeginn zu Schwierigkeiten bei der Stundenplanung für die Gestaltung des Ganztagsunterrichts. Diese ergaben sich aus der unterschiedlichen Stundenplan-gestaltung der Ganztagsangebote der Ober-schulen und des Förderzentrums Am Rhodo-dendronpark und führten dazu, dass an diesen Schulen behinderte Schülerinnen und Schüler nicht im vollen Umfang an den Ganztagsange-boten teilnehmen konnten.

Die aufgetretenen Schwierigkeiten wurden durch Nachsteuerung ausgeglichen, sodass an diesen Schulen inzwischen alle Schülerinnen und Schüler im vollen Umfang im Ganztagsbe-trieb beschult werden können.

Zu Frage 3: Für das kommende Schuljahr werden detaillierte Berechnungsgrundlagen entwickelt, die für alle Schulen transparente und sichere Planungsparameter darstellen. Damit gewährleistet die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit Planungssi-cherheit zum einen für die Schulen zur Gestal-tung der Stundenpläne, zum anderen für die betroffenen Eltern. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Frau Dr. Kappert-Gonthier [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, wir sind sehr froh wegen der Nachsteuerung! Vielen Dank!)

Präsident Weber: Frau Senatorin, Zusatzfra-gen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Standesamt 2.0**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Fecker, Dr. Kuhn, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Fecker!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fra-gen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat das in Bre-merhaven gestartete digitale Standesamt, in dem Geburten, Eheschließungen, Lebenspart-nerschaften und Sterbefälle künftig nicht mehr in Papierform, sondern elektronisch in den Personenstandsregistern beurkundet werden?

Zweitens: Plant der Senat die Einführung eines digitalen Standesamtes auch in Bremen, und wenn ja, welche Voraussetzungen müssen dafür geschaffen werden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwor-tet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat begrüßt die Umstellung auf eine elektronische Registerführung. Dies dient der Verwaltungsvereinfachung und ver-bessert den Bürgerservice.